

ACHIM WAHL

ZUR LAGE DER LINKEN REGIERUNGEN UND PARTEIEN IN LATEINAMERIKA

ZUR ENTWICKLUNG IN LATEINAMERIKA IN DEN JAHREN 2015/16

In Brasilien hat sich im April eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus, das als das konservativste seit 2002 gilt, für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Dilma Rousseff ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung fällt nun mit der Abstimmung im Senat. Die gegen die Präsidentin erhobenen Vorwürfe sind nach Ansicht vieler politischer Beobachter wenig stichhaltig. Es geht hier nur vordergründig um die angebliche Verstrickung von Rousseff in den Petrobras-Korruptionsskandal. Hinter der von den Medien wie auch Teilen des Justizapparates geführten Kampagne gegen sie und die regierende Arbeiterpartei (PT) steht die neoliberale Opposition. Es handelt sich bei dieser koordinierten Aktion um einen konstitutionellen Staatsstreich. Brasilien durchlebt derzeit eine tiefe politische und moralische Krise.

In Argentinien konnte sich beim zweiten Wahlgang am 22. November 2015 der Konservative Mauricio Macri gegen den Nachfolgekandidaten der bisherigen Präsidentin Cristina Kirchner, Daniel Osvaldo Scioli, mit 51,4 Prozent durchsetzen (das heißt, er erhielt 700.000 Stimmen mehr als Scioli). In Venezuela unterlag am 6. Dezember 2015 die Vereinigte Sozialistische Partei (PSUV) erstmalig seit dem Regierungsantritt von Hugo Chávez 1999 ihren politischen Gegnern, vereint in der Partei «Tisch der Demokratischen Einheit» (MUD). Diese konnte bei der Parlamentswahl eine Zweidrittelmehrheit erringen. Damit erlitten der Chavismus und der noch derzeit amtierende Staatspräsident Nicolás Maduro von der PSUV eine herbe Niederlage.

Auch in Bolivien und Ecuador stehen die Präsidenten Evo Morales und Rafael Correa unter starkem Druck, der sowohl von indigenen und linken sozialen Bewegungen als auch von rechten Kräften ausgeht, bei denen es zum Teil inhaltliche Übereinstimmungen gibt. Kritischen Stimmen und Kräften wird teilweise von Regierungsseite mit Gewalt begegnet. In Ecuador mobilisieren Mittelschichten und Rechte gegen ein vorgesehene Gesetz zur Änderung der Erbschaftssteuer (von der geplanten Erhöhung wäre ein Prozent der Bevölkerung betroffen). In einem in Bolivien mit Spannung erwarteten Referendum zu einer Verfassungsänderung am 21. Februar 2016, die dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten eine weitere Amtszeit ab 2019 ermöglichen sollte, votierten 51,3 Prozent mit Nein (bei einer Wahlbeteiligung von 84,5 Prozent). Anhaltend hohe Popularitätswerte für linke Staatspräsidenten und Regierungsparteien in lateinamerikanischen Ländern scheinen der Vergangenheit anzugehören.

Dieter Boris (2015) hat in seinem Artikel «Linksregierungen in der Defensive» festgestellt, dass es komplexer Erklärungen und einer historisch-materialistischen Analyse bedarf, um das «Neuland» Linksregierungen in Lateinamerika und die damit verbundenen Entwicklungen adäquat zu erfassen. Bis 2013 verfügten diese Regierungen über beträchtliche Sympathien in der Bevölkerung, danach jedoch wuchsen Unzufriedenheit und «Unmutspotenziale», sodass zunächst nach den Ursachen hierfür zu fragen ist, bevor wir uns den Zukunftsaussichten des um das Jahr 2000 herum begonnenen Transformationsprozesses zuwenden. In Lateinamerika wird diese Auseinandersetzung schon länger intensiv und durchaus konfrontativ ausgetragen. Wir sollten uns darum bemühen, diese Debatte mit und nicht gegen unsere Partner vor Ort zu führen, und dabei eine eurozentristische Haltung vermeiden.

Jörg Goldberg (2015: 230) zufolge weist «der Kapitalismus Lateinamerikas Züge auf [...], die ihn von kapitalistischen Gesellschaftsformen in anderen Teilen der Welt unterscheiden». Er nimmt eine periphere Stellung im kapitalistischen Weltsystem ein und ist von den Zentren (USA, Westeuropa, Japan) abhängig. Kolonialismus, Ausbeutung und Rohstofflieferant sind Faktoren, die der lateinamerikanischen Peripherie den Kapitalismus aufgezwungen haben. Mit der neoliberalen Offensive in den 1980er und 1990er Jahren wurde Lateinamerika stärker in den globalisierten Kapitalismus eingebunden. Traditionelle Strukturen wurden aufgebrochen, die Rohstoffexporte verstärkt, die zeitweise erreichte Industrialisierung wurde abgebremst,

der Einfluss des Auslandskapitals durch umfassende Privatisierungen erhöht und bestimmte Sektoren der Bourgeoisie wurden stärker in die vom Finanzkapital dominierte Weltwirtschaft integriert. Neoliberale Politik verstärkte die sozialen Ungleichheiten und vertiefte die sozialen Gegensätze zwischen Arm und Reich.

Nach dem ersten Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela, der dort von 1999 bis zu seinem Tod 2013 das Amt des Staatspräsidenten innehatte, übernahmen noch in einer Reihe weiterer lateinamerikanischer Länder linke Parteien – unter Bedingungen des vom Finanzkapital dominierten Marktes und seines Einflusses auf die Politik – die Regierungsgeschäfte. Sie stellten das vorherrschende, vornehmlich auf extraktiven Industrien und Rohstoffexporten basierende Wirtschaftsmodell mehrheitlich nicht grundsätzlich infrage, da die Einbindung Lateinamerikas in die Weltwirtschaft erhebliche Abhängigkeiten geschaffen hatte, die nicht sofort aufgehoben oder einfach negiert werden konnten. «Dieses Modell, das mit verdeckten und raffinierten Mechanismen agiert, belässt unsere Ökonomien im Teufelskreis des Finanzsystems des Neoliberalismus», beklagt unter anderem Álvaro García Linera (2015), Mitglied des Movimiento al Socialismo und seit 2005 Vizepräsident in Bolivien an der Seite von Evo Morales.

Die Politik dieser Regierungen war geprägt von dem Bestreben, sowohl die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik durch soziale Maßnahmen abzumildern als auch die Souveränität ihrer Länder zu verteidigen. Obwohl die Entwicklungen in Brasilien, Uruguay und Argentinien – wo sich unter moderaten Mitte-links-Regierungen ein gesellschaftlicher Modernisierungsprozess auf kapitalistischer Grundlage vollzog – in vielerlei Hinsicht anders verliefen als in Venezuela, Bolivien und Ecuador, weisen sie doch einige Gemeinsamkeiten auf: Überall wurde abgerückt vom neoliberalen Konzept des Minimalstaates und (in unterschiedlichem Ausmaß) das Konzept eines Staatskapitalismus verfolgt, der vor allem eine stärkere Kontrolle der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes vorsieht. Boaventura de Sousa Santos (2014) beschreibt dies für Ecuador: «Obwohl es früher schon Modernisierungsschübe im kapitalistischen System gegeben hat, ist Correa zweifelsohne der große Modernisierer Ecuadors. Der Staat ist die wichtigste Kraft im Prozess der Modernisierung». Auf diese Entwicklung verweist auch Boris (2014: 25), demzufolge die «jüngsten Tendenzen vor allem als Stabilisierungsfaktoren eines etwas modernisierten Kapitalismus zu begreifen sind». Und Boaventura de Sousa Santos fügt hinzu: «Vermutlich ist das Problem [gemeint sind die Widerstände gegen die Politik von Staatspräsident Rafael Correa] nicht vor allem eines der Regierung, sondern der Art des Kapitalismus, die sie befördert. Es mag paradox klingen, aber wir haben es in gewisser Weise mit einer postneoliberalen Variante des Neoliberalismus zu tun.»

Ein weiteres Beispiel für die «Art des Kapitalismus», von der Boaventura de Sousa Santos hier spricht, sind die Verhältnisse in Bolivien (die einige Parallelen zur Lage in Ecuador aufweisen). Die Veränderungen im Land wurden von Kleinbauern, darunter vielen Kokaleros (Kokabauern), von Bergarbeitern und Teilen der städtischen Kleinproduzenten getragen, die charakteristisch für die soziale Struktur Boliviens sind. «Ein neues ökonomisches Modell, das ich «amazonisch-andinen Kapitalismus» nenne, ist der Aufbau eines starken Staates, der die Entwicklung der Industrie regelt, die Staatseinnahmen kontrolliert und sie in den kommunitären Sektor überleitet, um sie Formen der Selbstorganisation und der Marktentwicklung, wie sie der amazonisch-andinen eigen sind, zuzuführen», erklärt Álvaro García Linera (2006). In Bolivien dominiert strukturell die Familienwirtschaft, wobei nur zwischen 7 und 15 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in die «moderne Wirtschaft» eingebunden sind.

Veränderungen des Charakters des Kapitalismus in Brasilien sind gekennzeichnet durch die Herausbildung einer internen Großbourgeoisie,¹ die über ihre eigene Basis der Kapitalakkumulation verfügt und sich in Konkurrenz zu Teilen des internationalen Finanzkapitals und seiner nationalen Alliierten befindet. Der bourgeoise Herrschaftsblock in Brasilien zeigt durchaus Risse. Bei näherer Betrachtung existieren Interessenwidersprüche zwischen den Vertretern des Finanzsektors, der besonders stark mit dem internationalen Finanzkapital verbunden ist, des Industriekapitals und des Agrobusiness. Die interne Bourgeoisie verfügt über eigene international konkurrenzfähige Großkonzerne. Bezeichnend für die Position der internen Bourgeoisie ist ihr relativ hoher politisch-wirtschaftlicher Organisationsgrad. Nicht nur Industrie- und Unternehmensverbände sowie Handelskammern agieren als direkte Interessenvertreter der verschiedenen Kapitalfraktionen. Auch der Staatsapparat und die bürgerlichen Parteien sind mit ihren Repräsentanten durchsetzt und vertreten zum Teil ganz offen deren Anliegen und Forderungen (Klein/Wahl 2015).

¹ In verschiedenen Publikationen wird zunehmend der Begriff «interne» oder «innere Bourgeoisie» benutzt, der in keiner Weise mit dem herkömmlichen der «nationalen Bourgeoisie» verwechselt werden sollte (vgl. hierzu Boito 2012: 3). Hier wird Bezug genommen auf den von Nicos Poulantzas geprägten Begriff. Er versteht darunter eine Kapitalfraktion, die mit ausländischem Kapital verbunden ist, aber ihre Reproduktionsbasis im eigenen Staat besitzt.

Charakteristisch für den venezolanischen Kapitalismus wiederum ist das Modell des Erdölrentierstaates, in dem die Regierung ein staatskapitalistisches Konzept verfolgt, obwohl 70 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den Händen des Privatsektors liegen. Hierbei handelt es sich um ein neodesarrollistisches Modell: eine Mischung aus Staatskapitalismus und Privatkapital, in dem orientiert wird auf den Sozialstaat, auf den Staat als Eigentümer und Unternehmer, der die Kontrolle über den Erdölsektor und die zentralen Bereiche der Wirtschaft ausübt (Gaudichaud 2014). Hugo Chávez erneuerte die Idee einer Allianz mit nationalen Unternehmern, was den gesamten bolivarianischen Prozess außerordentlich heterogen erscheinen lässt. «Denn es gibt viele Leute in der Regierung oder ihr Nahestehende, die vor allem ihren Geschäfte nachgehen und sich illegal bereichern» (Lander 2015a). Entstanden sei eine «Bolibourgeoisie» (Kombination aus bolivarianisch und Bourgeoisie), die zwar weiterhin «revolutionäre Reden» schwingt und behauptet, für den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu stehen, aber für Misswirtschaft und Korruption verantwortlich sei. Beteiligt daran sind sowohl Staatsfunktionäre und Militärs als auch zahlreiche kleine Unternehmer, die sich im Laufe der Zeit erhebliche Reichtümer angeeignet haben. Dies diskreditiert den gesamten bolivarianischen Prozess und ist eine der Ursachen für die aktuellen politischen Entwicklungen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: In den letzten Jahren sind unter Links- und Mitte-links-Regierungen in Lateinamerika die charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Systeme dort noch deutlicher zutage getreten. Sowohl die Beziehungen einzelner Kapitalfraktionen zueinander als auch das soziale Gefüge dieser Gesellschaften haben sich verändert, womit neue Klassenverhältnisse und -auseinandersetzungen entstanden sind. Nicht zuletzt aufgrund der verstärkten Konzentration der Bevölkerung in urbanen Zentren deuten sich neue Konflikte und Umbrüche an.

VERÄNDERUNGEN IN DER SOZIAL- UND KLASSENSTRUKTUR

Die hier angesprochenen Transformationsprozesse in Lateinamerika haben einen bemerkenswerten Wandel der kapitalistischen Klassengesellschaft nach sich gezogen. Am Beispiel von Brasilien wird ersichtlich, dass gerade bei den besitzenden Klassen erhebliche Verschiebungen und Kämpfe stattgefunden haben. So entschied sich die interne Bourgeoisie Brasiliens in scharfer Auseinandersetzung mit Teilen der international besonders gut vernetzten Kapital- und Finanzfraktion, eine zeitweilige Allianz mit der regierenden PT einzugehen. Sie profitierte von der Unterstützung der Regierung, etwa von großzügigen Krediten der nationalen Entwicklungsbank, und versuchte, dadurch ihre Position nach innen, aber auch international zu stärken. Die einsetzenden Krisenerscheinungen 2013/14 stellten dieses Bündnis infrage. Im Moment hat es den Anschein, als sei die interne Bourgeoisie den mit dem Bank- und internationalen Kapital verbundenen Sektoren unterlegen und würden sich im politischen Gefüge andere Hegemonien herausbilden. Die Zusammensetzung des dominierenden Kapitalblockes unterlag in den letzten Jahrzehnten jedenfalls einem ständigen Wandel. Ähnliches lässt sich auch für Argentinien beobachten.

Bedeutend sind die sozialen Veränderungen, die die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung betreffen. Signifikant sind vor allem Entwicklungen, die in der Arbeiterklasse, im Dienstleistungsbereich und in den Mittelschichten vor sich gingen. Zu untersuchen wäre gerade auch für Brasilien, wie sich das Verhältnis zwischen formeller und informeller Arbeit verändert hat und welche Rolle den Frauen, Jugendlichen und schließlich auch der bäuerlichen Bevölkerung gegenwärtig zukommt. Das «Konzept der Mittelklasse», das sich nicht nur in Brasilien zeitweise einer großen Beliebtheit erfreute, ist aus soziologischer Sicht sehr widersprüchlich, da es von der Konsumfähigkeit dieser Schicht und nicht von ihrer Stellung im Produktionssystem ausgeht. So kann eine Mittelklasse im lateinamerikanischen Kontext durchaus zum Hemmnis für einen weiterreichenden Transformationsprozess werden (Houtart 2013), da unterstellt werden kann, dass deren Angehörige vor allem mehr konsumieren wollen und ein Wirtschafts- und Sozialmodell anstreben, das sich am keynesianischen europäischen Vorbild orientiert.

Eine genauere Betrachtung verdienen daher die gesellschaftlichen Auswirkungen der von den Mitte-links-Regierungen aufgelegten und realisierten Sozial- und Arbeitsmarktprogramme. Inwieweit haben sie tatsächlich zum Aufstieg verarmter Teile der Gesellschaft beigetragen? Als Anhaltspunkt kann hierfür das Verhältnis des produktiven Sektors der Wirtschaft zu dem der Dienstleistungen genommen werden. In Brasilien arbeiten inzwischen etwa 22 Millionen Menschen im Dienstleistungsbereich, ganze 95 Prozent dieser Jobs sind aufgrund der geringen Qualifizierungsanforderungen dem Niedriglohnsegment zuzuordnen. Damit geht eine weitere Polarisierung zwischen den Reichen und «einer sich erweiternden Arbeiterklasse mit niedrigen Löhnen, prekären Arbeitsverhältnissen, mehr informeller Arbeit und flexibler gestalteten

Arbeitsverträgen» einher (Pochmann 2014). Im Zuge der fortschreitenden Deindustrialisierung hat sich in Brasilien der Charakter der Lohnarbeit verändert: Immer mehr qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsstellen in der Produktion sind weggefallen. Mit dem Übergang zum Neoliberalismus haben sich auch Firmenstrukturen verändert, Teile von Unternehmen wurden ausgelagert. Dadurch wächst die Konkurrenz um Arbeitsplätze. Die expandierende Mittelklasse, von der im Zusammenhang mit Sozialreformen in Brasilien immer wieder die Rede ist, entpuppt sich daher als Mythos. Vielmehr haben wir es nicht nur in Brasilien mit einer weiteren Fragmentierung und Schwächung der Arbeiterklasse zu tun.

In dieser Situation besteht die Gefahr sich verschärfender sozialer Konflikte, darunter Diskriminierungen und offener Rassenhass. Rechte Kräfte, die besonders aus der oberen Mittelklasse stammen beziehungsweise dort eine große Anhängerschaft haben, verbreiten über die traditionellen und sozialen Medien ein Klima der Angst, Unsicherheit und Ausweglosigkeit. Unter den gegenwärtigen krisenhaften Bedingungen sehen große Teile der Mittelklasse ihre bisherigen Privilegien und ihren Lebensstandard bedroht. Häufig fühlen sie sich von der jetzigen Regierung vernachlässigt oder gar benachteiligt, was sie anfällig für rechte Parolen macht und zu Massenprotesten auf die Straße treibt.

Dabei ist ein wesentliches Versäumnis regierender linker Parteien in Lateinamerika, sich zu wenig für das Schicksal der jungen Generation zu interessieren und sich nicht ausreichend für deren Belange eingesetzt zu haben. In den Vorstädten und Slums, die häufig völlig abgeschnitten sind von den Zentren der Großstädte, drückt sich die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen häufig direkt in der Hip-Hop-Kultur und spontanen Protestaktionen aus. Facebook, Twitter und andere Kommunikationsmöglichkeiten erleichtern die Mobilisierung, wobei es nicht immer explizit politische Motive sein müssen, die junge Menschen zusammenbringen und revoltieren lassen. Zweifellos unterschätzt die Linke die Beweggründe vieler Proteste von jungen Menschen, was der Rechten Gelegenheit gibt, auf diese Einfluss zu nehmen.

DAS MODELL DES NEODESARROLLISMUS

Anhänger des Neodesarrollismus befürworten die allseitige Ausnutzung der wirtschaftlichen Ressourcen einer Region oder eines Landes, um sowohl die industrielle Entwicklung voranzutreiben, Armut zu überwinden, grundlegende menschliche Bedürfnisse zu befriedigen und soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Im Mittelpunkt steht die Rolle des Staates, der als regulierendes, planendes und demokratisch gelenktes Instrument gedacht wird. Unter Beachtung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Welt, so die Grundannahme, ist nur ein starker Staat in der Lage, die Interessen eines Landes und seiner Bevölkerung durchzusetzen.

Am Beispiel Boliviens wird deutlich, welche sozialen und politischen Veränderungen dieses Entwicklungskonzept hervorgebracht hat. Wir haben es hier mit einer radikalen Transformation des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft zu tun. So ist die Gruppe der Indigenen, die in der Vergangenheit unter vielfältigen Diskriminierungen zu leiden hatte, zum zentralen handelnden Subjekt geworden. Etwa 48 Prozent der Staatsfunktionäre haben einen indigenen Hintergrund. Im Parlament sind sie mit einer großen Fraktion vertreten. Mit der Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums war es möglich, 20 Prozent der Bevölkerung aus extremer Armut zu befreien. Bolivien, ein ehemals abhängiger und kolonial geprägter Staat, verwandelte sich in einen plurinationalen Staat mit neuer Verfassung, die allen indigenen Völkern gleiche Rechte und Autonomie garantiert. In der Praxis führten diese weitreichenden Reformen zu neuen Konflikten und Widersprüchen. Eine Volkszählung im Jahre 2012 ergab, dass sich nur noch 42 Prozent der Bolivianerinnen und Bolivianer als Nachfahren und Teil der alten Kulturen betrachten (vgl. Gabbert 2014). Das kann Ausdruck dafür sein, dass sich viele derjenigen, die die Veränderungen im Lande ermöglicht haben, sich heute stärker von partikularen Interessen leiten lassen. Dadurch ist ein neuer Konflikt zwischen privaten und kommunitären Interessen entstanden. In Bolivien hat sich inzwischen eine Mittelschicht etabliert, die über ethnische und familiäre Verbindungen gut vernetzt ist und sowohl den informellen Handel, den Transportsektor, die Bergbaugenossenschaften und die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe dominiert.

Das neodesarrollistische Wirtschaftsmodell, das auf maximaler Ausbeutung von Naturressourcen basiert, ist auch in anderen progressiv regierten Ländern zur Anwendung gekommen, wobei wesentliche Anteile der erwirtschafteten Mittel in verschiedene Sozialprogramme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen geflossen sind. Dabei handelt es sich um ein aus kolonialer Abhängigkeit heraus entstandenes und vom Neoliberalismus übernommenes Modell. Die regierenden Linksparteien stehen nun vor der riesigen Herausforderung,

unter extrem schwierigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu einem anderen Entwicklungsmodell überzugehen. Garcia Linera (2012: 109) sieht das so: «Den Extraktivismus überwinden, heißt nicht, den Kapitalismus zu überwinden. In dieser Phase erscheint es noch notwendig, die vorhandenen Ressourcen, kontrolliert durch den Staat, zu nutzen, um damit Überschüsse zu erzeugen, mit denen wir Grundbedürfnisse der bolivianischen Bevölkerung befriedigen und eine interkulturelle wissenschaftliche Bildung garantieren können. So kann eine Grundlage geschaffen werden, die die notwendigen Prozesse der Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung bewältigen kann.»

Der Ansatz, gesellschaftliche Inklusion über sozialpolitische Maßnahmen (die hauptsächlich über ein extraktivistisches Wirtschaftsmodell finanziert werden) zu erreichen, trifft in der Bevölkerung jedoch auf immer mehr Widerstand. Nicht wenige Linke und progressive soziale Bewegungen vertreten die Auffassung, das neodesarrollistische Modell habe sich erledigt. Der von linksgerichteten Regierungen favorisierte Entwicklungsweg einer moderaten Transformation der kapitalistischen Gesellschaften habe sich als Sackgasse erwiesen. Daher müssten sich diese entscheiden: Entweder sie unterwerfen sich den vorherrschenden kapitalistischen «Systemzwängen» und bemühen sich weiter, die katastrophalen Folgen für Mensch und Natur so gut wie möglich sozialpolitisch abzufedern, oder sie bringen die Kraft dafür auf, ein anderes, nicht kapitalistisches Entwicklungsmodell nicht nur zu propagieren, sondern auch ernsthaft zu verfolgen.

Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass mit der Einführung von moderaten Sozial- und Umverteilungsmaßnahmen keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen in den lateinamerikanischen Ländern verbunden waren. Sie ließen das neoliberale Wirtschaftssystem weitgehend unangetastet und stellen noch nicht einmal eine wirkungsvolle Regulierung dieses Systems dar. Im Zuge eines politischen Machtwechsels können sie jederzeit wieder zurückgefahren oder ganz eingestellt werden. Was wir beobachten, ist das Aufkommen einer neuen Generation von Konsumenten, die die Zeit der neoliberalen Politik nicht erlebt hat und politisch kaum organisiert ist. Diese jungen Menschen gehören zu denjenigen, die besonders von der aktuellen Krise bedroht sind und jederzeit wieder in alte Armutsverhältnisse zurückfallen können.

LINKSREGIERUNGEN: GEFANGENE DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS?

Dieter Boris (2015: 3) geht in seinen Überlegungen davon aus, dass die Mitte-links-Regierungen in Lateinamerika den Neoliberalismus ideologisch zwar ablehnen und sich rhetorisch von ihm immer wieder abgegrenzt haben, aber in der Praxis nur eine partielle Abkehr stattgefunden hat. Hier wird ein Problem benannt, das immer wieder von kritischen Linken aufgeworfen wurde. Alberto Acosta (Ecuador) zum Beispiel meint, dass progressive Regierungen in der Praxis die extraktivistische Art und Weise der Akkumulation vertiefen, obwohl sie im öffentlichen Diskurs die Notwendigkeit einer Veränderung anerkennen. Daraus ergeben sich zwei Fragen: Ließen die objektiven Gegebenheiten, das heißt vor allem die Einbindung in die Weltwirtschaft und die innergesellschaftlichen Voraussetzungen, überhaupt weitergehende Schritte in Richtung einer Systemalternative zu? Oder liegt das Problem darin begründet, dass die an die Macht gelangten Linksregierungen gar nicht ernsthaft darauf aus waren, gegen den Kapitalismus gerichtete Veränderungen herbeizuführen?

Nach der Einschätzung von Dieter Boris (ebd.) ist es in Venezuela, Bolivien und Ecuador zu einer wirklich «Neuaustrichtung» gekommen, da «vor allem in [diesen] Staaten mit verfassungsgebenden Versammlungen für die neuen Verfassungen entsprechende Ziele formuliert» worden seien, die progressive Transformationsprozesse eingeleitet und Fortschritte vor allem für die indigene Bevölkerung mit sich gebracht hätten. Anders dagegen in Brasilien, wo nach Armando Boito (2006: 18), «die CUT [Central Única dos Trabalhadores; der größte gewerkschaftliche Dachverband] und die PT ungeachtet des offensiven Auftretens beider Organisationen in der Öffentlichkeit niemals ein sozialistisches Programm formuliert, sondern immer nur für den Ausbau des Sozialstaates gekämpft» hätten. Hier bezieht sich Boito auf die Mehrheitsströmung in der CUT und der PT. Für die meisten Funktionäre sei die «Mission mit der Verbesserung der sozialen Lage [der Armutsbevölkerung] und der eigenen Besserstellung» erfüllt gewesen. Lula konnte sich auf seine Fahnen schreiben, dass sich nach seinem Regierungsantritt 2001 die Mitgliederzahl der PT in nur wenigen Jahren von 300.000 auf 800.000 erhöht hatte. «Veränderungen in der sozialen und politischen Zusammensetzung der

Mitgliedschaft der PT [waren] damit vorprogrammiert (Wahl 2004: 848). Lula kritisierte auf dem 5. Parteitag der PT im Jahr 2015, die Partei sei bürokratisch geworden und habe sich in eine Kabinettpartei verwandelt. Heute durchlebt sie die bisher schwerste Krise in ihrer 35-jährigen Geschichte, die nicht zuletzt durch sich zuspitzende innerparteiliche Probleme und Konflikte in der PT hervorgerufen wurde: darunter die einseitige Konzentration auf Wahlkämpfe und parlamentarische Auseinandersetzungen und die punktuelle Aufgabe von Gründungsprinzipien – insbesondere jedoch durch die Verstrickung in diverse Korruptionsfälle.

Mit dem sozialen Aufstieg zahlreicher Funktionäre der PT und der CUT sind beide Organisationen wesentliche Führungsfiguren verloren gegangen. Das ist auch eine Erklärung dafür, warum sich die PT und vor allem die Regierung von Dilma Rousseff so weit von ihrer Wählerbasis entfernt haben. Die Gefahr der Bürokratisierung sieht auch Garcia Linera (2015). Die Entwicklungen dürften, obwohl Regeln eingehalten werden müssten, nicht von «Verwaltungsmentalitäten» und «bloßen Technikern» bestimmt werden. Damit drohe eine Demobilisierung der Massen. Nach Garcia Linera wird man schnell zum Verwaltungsangestellten, um Führungsqualitäten und -persönlichkeiten herauszubilden, brauche es dagegen Jahre.

KONZENTRATION DER REGIERUNGSMACHT UND AUTORITÄRE TENDENZEN

In Bolivien hat sich eine neue politische Kraft, repräsentiert durch Indigene, etabliert. «Das ist eine tief greifende Erneuerung, die neue Legitimität mit sich bringt, aber gleichzeitig eine Machtkonzentration bedeutet und der MAS [Movimiento al Socialismo] mehr Entscheidungsgewalt verschafft» (Mayorga 2014). In seiner kritischen Einschätzung geht Luis Tapia (2015), bolivianischer Intellektueller, noch weiter. Er sieht eine direkte Verbindung zwischen der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung und dem «zunehmend autoritären Charakter der Regierung». Sie erkenne weder die Opposition noch indigene Organisationen an, zudem habe die MAS «ihr anfangs verfolgtes emanzipatorisches Projekt [...] nicht wirklich weiterverfolgt. Im Zentrum stehen das ressourcenintensive Entwicklungsmodell und die Konzentration der politischen Macht.» Ähnliche Urteile sind zur Lage in Ecuador zu hören, wo Rafael Correa ebenfalls ein autoritärer Regierungsstil vorgeworfen wird.

Man muss diese Einschätzungen nicht gänzlich teilen. Es lässt sich aber kaum übersehen, dass sich in den lateinamerikanischen Ländern vielerorts knallharte Konflikte zwischen der Regierung und unterschiedlichen politischen Kräften und Gruppen auftun, die einerseits das gewachsene Selbstbewusstsein vieler Akteure – ein Ergebnis der progressiven Entwicklungen in diesen Ländern – bezeugen und andererseits die Frage nach den Entwicklungsperspektiven aufwerfen. Eine Schwäche der amtierenden linken Regierungen und politischen Kräfte besteht augenscheinlich darin, dass sie nicht in der Lage sind, im demokratischen Dialog über weitere Schritte des begonnenen Transformationsprozesses zu beraten und diesen weiter voranzutreiben. Sowohl die Linksparteien wie auch die Regierungen unterschätzen oder missverstehen die Beweggründe vieler sozialer und indigener Bewegungen, da diese häufig institutionelle Politik ablehnen und gegen eine Vormundschaft durch Parteien und Regierungen protestieren. Edgardo Lander (2015b) etwa sieht es als eine der Schwächen der chavistischen Bewegung an, dass die Volksorganisationen (*consejos comunales* usw.) als Kern des Transformationsprozesses von Beginn an mit Widersprüchen belastet waren. «Es ist der Staat der institutionalisiert, steuert und kontrolliert und so das Verhältnis Staat–Gesellschaft zu einer vertikalen Struktur werden lässt» (ebd.).

Die globale Krise hat in ihrer zweiten Runde auch die linksregierten Länder erfasst. Die immer noch vorhandene technologische und wirtschaftliche Abhängigkeit ihrer Ökonomien ist zum Hemmschuh geworden und stellt die erreichten sozialen und politischen Errungenschaften infrage. Eine Wende Brasiliens nach rechts hätte massive Auswirkungen auf den gesamten Kontinent. Die traditionellen Eliten in Verbindung mit dem internationalen Finanzkapital streben nach einem Machtwechsel, unterstützt von den bürgerlichen Medien, die immer wieder neue Attacken gegen Rousseff und die Arbeiterpartei fahren. Es gibt zudem Anzeichen einer deutlichen Einmischung von außen (vor allem durch die USA, und das nicht nur in Venezuela). So sollen etwa mit dem Aufbau der Pazifischen Allianz (einer Freihandelszone) alle bisher erreichten Erfolge bei der Integration Lateinamerikas und der Entwicklung der Beziehungen Süd-Süd und den BRICS-Staaten zunichte gemacht werden.

DIE LINKE IN LATEINAMERIKA UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Eine profunde Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Anhängern des Neoliberalismus und gegen den Neoliberalismus gerichteten politischen Bewegungen machte, so die weitverbreitete Auffassung, einen Epochenwechsel möglich, für Optimistische war es gar der Beginn einer postneoliberalen Periode, in der radikalere Transformationsprozesse in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador in Gang gesetzt wurden. Gegenwärtig zeichnet sich eine deutliche Schwächung der linksgerichteten Regierungen und der sie unterstützenden politischen Strömungen ab, der mit einem Aufschwung revanchistischer Kräfte verbunden ist. Die rechte Offensive profitiert von einer weitreichenden Demobilisierung und Entpolitisierung von Volkssektoren.

Gründe dafür sind in der Politik der Mitte-links-Regierungen zu suchen, die Verbindungen zu ihrer Basis vernachlässigt, politische Bündnispartner verloren und zu wenige Anstrengungen unternommen haben, um Lösungen für zentrale gesellschaftliche Probleme zu finden. Der ursächliche Impuls, der von sozialen Bewegungen ausging, die diese Regierungen über eine Dekade hinweg stützten, ist erlahmt. Alte Widersprüche brechen wieder auf, neue Dynamiken entstehen und national-populäre Bewegungen scheinen erfolgreich auf eine Rückkehr zur neoliberalen Herrschaft zu drängen. Manche sprechen bereits vom «Ende eines Zyklus» und beziehen sich damit in erster Linie auf die aktuellen Niederlagen von Mitte-links-Regierungen. Nach Ansicht von deren linken Kritikern haben diese mit ihrem auf Extraktivismus ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklungsmodell einen Großteil ihrer Probleme selbst geschaffen und mussten irgendwann zwangsläufig in massive Schwierigkeiten geraten. François Houtart (2016) zufolge wird mit einer solchen Sichtweise allerdings ein bestimmter historischer Determinismus eingeführt, «der davon ausgeht, dass ein Wechsel zwischen rechten und linken Regierungen unvermeidbar ist. [...] Eine Reihe von Faktoren verweist eher auf die Erschöpfung des postneoliberalen Modells, da die progressiven Regierungen postneoliberal, aber keineswegs postkapitalistisch waren.»

So gesehen, engt die These vom «Ende eines Zyklus» den Blick ein. Denn die Mitte-links-Regierungen repräsentieren nicht die Gesamtheit der lateinamerikanischen Linken. Schon seit einiger Zeit zeichnet sich in einigen Ländern die Entstehung neuer sozialer Bewegungen ab. Dazu zählen die Mobilisierungen im Juni 2013 in Brasilien, als Millionen auf die Straße gingen, um für Verbesserungen des öffentlichen Nahverkehrs in den Großstädten sowie für Reformen des Bildungs- und Gesundheitswesens und gegen die hohen Ausgaben für die Fußballweltmeisterschaft zu demonstrieren. In Chile hat sich eine breite Protestbewegung entwickelt, die für ein anderes Bildungssystem eintritt. In Peru streiken Minenarbeiter für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und blockieren Bergbauprojekte transnationaler Unternehmen. Massenaktionen gibt es außerdem in Bolivien und Ecuador, wobei eine zentrale Forderung die Einhaltung von Verfassungsrechten auch in Gebieten der indigenen Bevölkerung ist. In Buenos Aires sind im vergangenen Jahr um die 300.000 Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die weitverbreitete Gewalt gegen Frauen zu demonstrieren.

Hier werden Anzeichen einer Umkehrung der derzeitigen Strömungen sichtbar. Die soziale und politische Linke in Lateinamerika war auf die sich zuspitzenden Entwicklungen nicht vorbereitet. Traditionelle Bewegungen wie etwa die Landlosenbewegung (MST) in Brasilien haben Probleme, ihre Anhänger und Mitglieder zu mobilisieren. Das mag mit dem Erfolg von sozialpolitischen Maßnahmen zusammenhängen, die die schlimmsten sozialen Missstände in Brasilien beseitigt haben. Eine Rolle spielt ebenfalls die Tatsache, dass bestimmte Bewegungen von den Regierungen vereinnahmt wurden. Aufseiten derer, die Rousseff und die Arbeiterpartei verteidigen, ist eine gewisse Verunsicherung eingetreten, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Kritik von Linken an der Regierung immer lauter wird und damit eine Spaltung des progressiven Lagers droht.

Es tun sich also neue Fragen auf. Das bedeutendste Thema für alle ist sicherlich das Verhältnis zu den sozialen und indigenen Bewegungen. Der Kontinent wird sich dieser Herausforderung stellen müssen. Für die Linke heißt das: eine Neuorientierung und eine Gegenoffensive gegen die koordinierten Angriffe von rechts einzuleiten. Es gibt allerdings nicht wenige Stimmen in Lateinamerika, die der derzeitigen Lage auch etwas Positives abgewinnen können. Sie verweisen nicht nur auf den zunehmenden Druck rechter und neoliberaler Kräfte, sondern sehen in den aktuellen Niederlagen linksgerichteter Regierungen auch eine reale Chance für einen Neubeginn, für ein grundsätzliches Umdenken und für die Weiterführung des begonnenen Transformationsprozesses.

LITERATUR

- Boito, Armando (2006): A hegemonia neoliberal no governo Lula, in: *Crítica Marxista* 17/2006, S. 10–36.
- Boito, Armando (2012): Participar de modo independente da frente neodesenvolvimentista, in: *Caderno de Debates*, 4. Nacionales Plenum der Consulta Popular, 15. bis 18. November 2012, São Paulo.
- Boris, Dieter (2014): *Bolivars Erben – Linksregierungen in Lateinamerika*, Köln.
- Boris, Dieter (2015): Linksregierungen in der Defensive. Zehn Thesen zur politischen Entwicklung in Lateinamerika, in: Boris, Dieter/Wahl, Achim/Schützhofer, Timm: *Lateinamerika: Defensive der Linksregierungen?*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 12/2015, S. 1–13.
- Gabbert, Karin (Hrsg.) (2014): *Bolivien wählt*, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Bolivien_waehlt.pdf.
- Garcia Linera, Álvaro (2006): El «capitalismo andino-amazónico», in: *Le Monde Diplomatique*, Januar 2006, unter: www.lemondediplomatique.cl/El-capitalismo-andino-amazonico.html.
- Garcia Linera, Álvaro (2012): *Geopolítica de la Amazonía*, September 2012, unter: <http://www.vicepresidencia.gob.bo/Geopolitica-de-la-Amazonia-un>.
- Garcia Linera, Álvaro (2015): Crise da esquerda latino-americana é desvio temporário, 7.8.2015, unter: <http://marcelosouza.com.br/blog/entrevista-alvaro-garcia-linera-crise-da-esquerda-latino-americana-e-desvio-temporario-via-fsp/>.
- Gaudichaud, Franck (2014): O debate hoje é como frear a violenta ofensiva da direita neoliberal, Interview, in: *Carta Maior*, 20.3.2014.
- Goldberg, Jörg (2015): *Die Emanzipation des Südens – Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*, Köln.
- Houtart, François (2013): El desafío fundamental para Bolivia, Venezuela y Ecuador es definir la transición bajo un nuevo paradigma poscapitalista, in: *Rebelión*, 7.11.2013.
- Houtart, François (2016): O fim de um ciclo ou o esgotamento do pós-neoliberalismo na América Latina, in: *Rebelión*, 20.4.2016.
- Klein, Dieter/Wahl, Achim (2015): *Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika – Auf der Suche nach produktiven Balancen*, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe *Papers*, Berlin.
- Lander, Edgardo (2015a): El proceso de transformación de la sociedad venezolana en lo fundamental fracasó, in: *Rebelión*, 11.8.2015.
- Lander, Edgardo (2015b): El tejido solidario devino en un bachaqueo individualista y competitivo, Interview mit Hugo Prieto, 9.8.2015, unter: www.contrapunto.com/noticia/edgardo-lander-el-tejido-solidario-devino-en-un-bachaqueo-individualista-y-competitivo/.
- Mayorga, Fernando (2014): El camino boliviano, in: *Pagina*, 10.2.2014.
- Pavan, Bruno (2015): Linera conta como a Bolívia está se reinventando, unter: Outraspalavras.net/Outrasmidias/destaques-outras-midias/Linera-conta-como-a-bolivia-esta-se-reinventando.
- Pochmann, Marcio (2014): Conjuntura da Semana. A desigualdade social brasileira no contexto mundial contemporâneo, in: *IHU Noticias*, 21.7.2014.
- Sousa Santos, Boaventura de (2014): Revolucao cidadã tem quem a defende?, in: *Carta Maior*, 7.5.2014.
- Tapia, Luis (2015): Die MAS konzentriert die politische Macht, Interview, in: *Neues Deutschland*, 6.10.2015.
- Wahl, Achim (2004): Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 167, 9/2004, S. 838–849.